

II- 4560 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

XIV. Gesetzgebungsperiode

Zl. 10.000/72-Parl/78

Wien, am 24. November 1978

2126/AB

An die
PARLAMENTSDIREKTION

1978 -12- 19

Parlament
1010 Wien

zu **2133/J**

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2133/J-NR/78, betreffend Ablehnung der Verteilung einer Information über den Beruf des Dr.med., die die Abgeordneten Dr. SCHWIMMER und Genossen am 20. Oktober 1978 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) und 2):

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst begrüßt - wie schon in der seinerzeitigen Erledigung an den Landesschulrat für Niederösterreich vom 5. Juni 1978, Zl. 29.987/4-16/78 dargelegt - grundsätzlich jede Maßnahme die geeignet ist, die angehenden Maturanten zu motivieren, sich mit den Fragen ihrer Studien- und Berufswahl kritisch auseinanderzusetzen und die Gesamtproblematik zu reflektieren.

Im Sinne der Gleichbehandlung aller Interessensgruppen nach dem Gleichheitsgrundsatz ist es jedoch nicht möglich, Informationen von Interessensvertretungen unmittelbar über die institutionalisierte Bildungs- und Berufsberatung an die Schüler weiterzuleiten. Eine offizielle Information müßte die Aspekte aller mit dem Problem befaßten Interessensgruppen sowie die gesamtgesellschaftlichen Interessen und die Eigenverantwortlichkeit des Ratsuchenden berücksichtigen..

Die Vermittlung von Informationen über Berufschancen müßte daher unter Berücksichtigung aller Aspekte generell von der Arbeits-

- 2 -

marktverwaltung erfolgen.

Wenn auch die in der Broschüre "Der Beruf des Dr.med." enthaltenen statistischen Einzelfakten - soweit sie die derzeitigen Ärztezahlen und die Daten über das Medizinstudium betreffen - mit den Daten aus der Ärztebedarfstudie übereinstimmen, so gibt es in dieser Broschüre Passagen, die mißverständlich ausgelegt werden können.

Dies trifft etwa auf den die emotionale Ebene ansprechenden Satz:

"Herr Doktor, haben Sie zu essen?" zu. Korrekterweise müßte man z.B. auch auf den großen Nachholbedarf an ärztlichen Leistungen in ländlichen Gebieten Österreichs, auf den geplanten Ausbau der Krankenanstalten, der schul-, betriebs- und amtsärztlichen Dienste sowie auf die wachsende Bedeutung der Präventiv-, Rehabilitations- und Sozialmedizin hinweisen. Erst vor wenigen Tagen hat die Frau Gesundheitsminister den dritten Teil der Ärztebedarfsstudie vorgestellt und darauf hingewiesen, daß gerade auch in Niederösterreich jedenfalls bis 1985 ein Ärztebedarf besteht.